

Inhalt

I.	TÜSIAD Delegation in Berlin	2
	Koc: "Unser einziges Ziel ist die EU"	
II.	Wahlen in Zypern: neue Hoffnung auf Wiedervereinigung	3
III.	Die Kopftuchdebatte an den türkischen Universitäten	4
IV.	Türkei beseitigt größtes Hindernis für EU-Mitgliedschaft	5
V.	Internationale Beziehungen	6
VI.	Finanznachrichten	8
VII.	Firmennachrichten aus der Türkei	11

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****Februar 2008**

I. Türkei - EU Beziehungen***Gül: "Der EU-Mitgliedschaftsprozess muss aufgefrischt werden"***

Staatspräsident Abdullah Gül besuchte gestern das Außenministerium und EU-Generalsekretariat. In seiner Rede sagte Gül: „Die Reformen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft müssen aufgefrischt werden.“ Gül machte darauf aufmerksam, dass die Reformen in der Türkei nicht dafür gemacht werden, um andere zu überzeugen, sondern für das Wohl des türkischen Volkes. Er sagte: „Die Politiken einiger EU-Mitglieder sollten uns nicht aufhalten. Im erforderlichen Fall sollten wir selber die Kapiteln öffnen und schließen können.“

Cumhuriyet***4. EU-Dokument zur Beitrittspartnerschaft bestätigt***

Die Außenminister der EU-Länder bestätigten in Brüssel das 4. Dokument zur Beitrittspartnerschaft, in dem die Prioritäten im Verhandlungsprozess mit der Türkei überprüft werden. Jetzt wird von der Türkei die Vorbereitung „eines nationalen Programms“ erwartet, das die Erfüllung der Bedingungen zur Beitrittspartnerschaft, bestimmte Maßnahmen und eine Frist beinhaltet, damit die Anwendungen in der Türkei zu denen der EU-Länder angepasst werden können.

Hürriyet***Keine Konzession von unserem EU-Ziel***

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan kam mit den neu ernannten Botschaftern zum Mittagessen im Ministerpräsidium zusammen. Erdoğan forderte besonders die Botschafter in den EU-Ländern auf, sich für den EU-Prozess intensiver einzusetzen. „Es ist eure Aufgabe, dass der EU-Prozess ohne Verlangsamung läuft. Ich glaube fest daran, dass ihr gegen die Initiativen, die das Bremsen, Verlangsamung, Stoppen des Prozesses bezwecken, intensiv kämpfen werdet. Eine prinzipielle, entschlossene Haltung ohne Zugeständnisse, die Überwindung neuer vorabsehbarer Hürden sind von lebenswichtiger Bedeutung“, sagte Erdoğan

Hürriyet

Französischer Botschafter: "Wir werden objektiv sein"

Der französische Botschafter in Ankara, Bernard Emie, wies darauf hin, dass niemand vor der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs Angst haben sollte und es die Präsidentschaft ausgeglichen und objektiv führen wird. Auf einer Pressekonferenz mit den Vertretern des Vereins Türkisch-Französischer Geschäftsleute sagte Emie, eine Annäherung zwischen der Türkei und der EU sei für Frankreich sehr wichtig und sie seien für die Fortsetzung der Mitgliedschaftsverhandlungen mit der Türkei

Türkiye

II. Wahlen in Zypern: neue Hoffnung auf Wiedervereinigung

Der erste Wahlgang im Süden Zyperns hat der fünfjährigen Amtszeit von Präsident Tassos Papadopoulos ein Ende bereitet. Dies lässt den Zyprioten die Wahl zwischen zwei Kandidaten, die beide eine Wiedervereinigung befürworten.

Der rechtsstehende Europaabgeordnete und frühere Außenminister Ioannis Kasoulides hat mit nur 980 Stimmen (33,5%) die knappsten Wahlen aller Zeiten vor dem kommunistischen Europaabgeordneten Demetris Christofias (33,3%) für sich entschieden. Die beiden werden sich nun in einem zweiten Wahlgang am 24. Februar 2008 gegenüberstehen. Präsident Papadopoulos erreichte lediglich den dritten Platz mit 32% der Stimmen.

Seine Niederlage anerkennend sagte Papadopoulos, dass die Menschen gerichtet und entschieden hätten. Ihre Wahl würde vollständig respektiert.

Kasoulides ist der Kandidat, der von der internationalen Gemeinschaft bevorzugt wird, um die Gespräche über eine Wiedervereinigung voranzubringen. Der Vorsitzende der EVD-EP-Fraktion im Europaparlament, Joseph Daul, sagte, dass Kasoulides ‚Zypern eine neue Zukunft bieten‘ könne. Er nannte ihn einen ‚großen Zyprioten und großartigen Europäer‘.

Beide Kandidaten, Kasoulides und Christofias, haben einen versöhnlicheren Ansatz gegenüber den entfremdeten türkischen Zyprioten im separatistischen Norden versprochen. Beide sagten, sie wollten sich mit Mehmet Ali Talat treffen, dem Anführer der türkischen Zyprioten.

Papadopoulos spielte eine entscheidende Rolle dabei, die griechischen Zyprioten von der Ablehnung des UN-Wiedervereinigungsplans zu überzeugen. Den Plan hatten die türkischen Zyprioten im Norden in einem Referendum angenommen. Dort wurde Papadopoulos zur *persona non grata*. Seine Niederlage war eine Überraschung, da Umfragen zuvor ergeben hatten, dass er zumindest die zweite Wahlrunde erreichen würde.

Der Think Tank Eurasia sagte, diese Wahl sei die letzte Chance, um die Insel zu vereinigen. Ein auf Dauer geteiltes Zypern werde stets eine Quelle politischer Spannung bleiben.

Zudem würde ein Scheitern der Wiedervereinigungsgespräche die Chancen der Türkei auf einen EU-Beitritt ernsthaft mindern. Bisher ist nur der griechische Süden Zyperns Mitglied der Union und hat das Recht, einen künftigen Kandidaten mit einem Veto abzulehnen.

Euractiv

III. Die Kopftuchdebatte an den türkischen Universitäten

Über 100.000 Menschen protestieren gegen Kopftuch-Gesetz

In Ankara haben über 100.000 Menschen gegen die geplante Aufhebung des Kopftuchverbots an türkischen Hochschulen protestiert. Das Gesetzesvorhaben verstößt nach Ansicht der Demonstranten gegen das laizistische Grundprinzip der Republik. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan warf den Protestierenden hingegen vor, die Gesellschaft zu spalten. Die Regierungspartei AKP hatte einen Gesetzesentwurf im Parlament vorgelegt, der das Tragen von Kopftüchern an Universitäten wieder erlaubt. Der türkische Außenminister Ali Babacan bezeichnete die Reform mit Blick auf einen EU-Beitritt als notwendig.

Cumhuriyet

Bahçeli: "Künstliche Ängste müssen enden"

Der Vorsitzende der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) Devlet Bahçeli, der auf der gestrigen Fraktionssitzung seiner Partei sprach, erwiderte scharf auf die Kritiken über die Debattierung der Kopftuch-Frage. Bahçeli sagte folgendes: „Der Lösungsprozess wird auf der demokratischen Bahn laufen. Man sollte keine Angst haben. Sorgen sind normal, jedoch müssen die Tatsachen nicht verdreht werden. Nur in den Universitäten wird das Tragen des Kopftuches frei sein. Gegenteilige Behauptungen werden als Ausbeutung betrachtet.“

Türkiye

Parlament stimmt für Lockerung des Kopftuchverbots

Das Parlament hat in erster Lesung für die Abschaffung des Kopftuchverbots an Hochschulen gestimmt. Von den 550 Abgeordneten des türkischen Parlaments votierten 404 in geheimer Abstimmung für die geplanten Verfassungsänderungen, 92 stimmten dagegen, wie Parlamentsvizepräsident Nevzat Pakdil nach einem mehr als 13-stündigen Beratungsmarathon mitteilte. Die nötige Zweidrittel-Mehrheit sei damit erreicht. Damit könnten junge Frauen, die Kopftuch tragen, in der Türkei zum Studium zugelassen werden.

Cumhuriyet

IV. Türkei beseitigt größtes Hindernis für EU-Mitgliedschaft

Die Türkei hat eine weitere Vorbedingung für ihre EU-Mitgliedschaft erfüllt: Das türkische Parlament hat am 20. Februar 2008 ein Gesetz verabschiedet, mit dem durch den Staat beschlagnahmtes Eigentum an Stiftungen christlicher und jüdischer Minderheiten zurückgegeben werden wird.

Der Kommissar für Erweiterung Olli Rehn begrüßte den Schritt und betonte, dass dieser wichtig sei, um für alle türkischen Bürger die Grundrechte und -freiheiten sicherzustellen.

Deren Umsetzung werde als Test für den türkischen Fortschritt bei der Sicherstellung von Rechten und Freiheiten dienen, betonte Rehn. Er fügte jedoch hinzu, dass der offizielle Wortlaut genau untersucht werden müsse.

Am 12. Februar 2008 sagte Premierminister Recep Tayyip Erdogan vor der Großen Türkischen Nationalversammlung, dass das neue Stiftungsrecht die türkische Entschlossenheit auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft in der EU zeige. Er erwarte, dass die Türkei von dem neuen Stiftungsrecht vielseitig profitiere.

Die EU hatte lange Zeit Druck auf die Türkei ausgeübt, die Maßnahmen einzuführen, die es Stiftungen ermöglichen, vor mehr als 30 Jahren beschlagnahmtes Eigentum, einschließlich Kirchen, Schulgebäuden und Waisenhäusern, zurückzufordern.

Das Gesetz, das noch von Präsident Abdullah Gül unterzeichnet werden muss, würde es auch islamischen Stiftungen ermöglichen, finanzielle Unterstützung anderer Staaten zu erhalten.

Der Beschluss des türkischen Parlaments wurde nur wenige Tage nach der Annahme einer überarbeiteten Beitrittspartnerschaft mit der Türkei durch die Außenminister der EU gefasst. Die Partnerschaft enthält die wichtigsten Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft. Dabei zählt der Schutz von Minderheitenrechten zu den kurzfristigen Prioritäten.

Andere Bedingungen, die im Beitrittsvertrag genannt werden, beziehen sich auf die Stärkung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, politische und soziale Rechte sowie wirtschaftliche Kriterien.

Im vergangenen Dezember eröffnete die EU zwei weitere Verhandlungskapitel mit der Türkei, die mit Transeuropäischen Netzen (TEN) und Verbraucher- und Gesundheitsschutz zusammenhängen. Hingegen ruhen seit 2006 acht von 35 Kapiteln, da die Türkei sich weigert, ihre Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus Zypern zu öffnen .

Die jüngste Eurobarometer -Umfrage von TNS zeigte, dass die türkische Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft weiter fällt. Aufgrund vieler Rückschläge während der Verhandlungen mit der EU glauben nur noch 53% der Türken, dass das Land von einem Beitritt zur Union profitieren würde. Im Frühling 2007 waren es noch 62%.

Die Verhandlungen werden unter der türkei-skeptischen Ratspräsidentschaft Frankreichs vermutlich noch schwieriger werden. Frankreich übernimmt am 1. Juli 2008 die Präsidentschaft von Slowenien.

V. Internationale Beziehungen

Babacan: "Zusammenarbeit im Schwarzmeergebiet bietet große Chancen"

Außenminister und Verhandlungsführer Ali Babacan, der in der ukrainischen Hauptstadt Kiew auf der Versammlung der Außenminister der Organisation ,Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Anrainerstaaten, eine Rede hielt, teilte mit, dass die Zusammenarbeit zwischen der Organisation und der EU ein großes Potential besitze und auf gegenseitige Interessen stützende ertragreiche Chancen biete. Babacan wies auch darauf hin, die Gründe hinter dem zunehmenden internationalen Interesse am Schwarzmeer zu analysieren und begreifen, sei für die Zukunft der Organisation äußerst wichtig.

Türkiye

Palästinensische Botschafter treffen in Ankara

Der palästinensische Außenminister Riad Al-Maliki kam nach Ankara, um an dem Treffen der palästinensischen Botschafter in europaischen Ländern teilzunehmen. Ein Jahr zuvor hatte die palästinensische Regierung geplant, diese Versammlung in Ankara abzuhalten. Außenminister Ali Babacan wird eine Rede auf der Versammlung halten. Al-Maliki wird auch Staatspräsident Abdullah Gül und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan besuchen.

Türkiye

Türkei hat Kosovo anerkannt

Die Türkei teilte durch eine schriftliche Erklärung von Außenminister Ali Babacan mit, dass sie die Unabhängigkeit der Republik des Kosovo anerkenne. Auf diese Weise wurde die Türkei nach Afghanistan und USA das dritte Land, das Kosovo anerkannt hat.

Milliyet

Babacan: "Enge Zusammenarbeit mit Russland im Energiebereich"

Die Türkei messe der Zusammenarbeit mit Russland im Energiebereich große Bedeutung bei. Dies sagte Außenminister Ali Babacan bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau.

"Die Türkei will Atomkraftwerke errichten und wir wünschen uns eine aktive Beteiligung der russischen Strukturen", sagte Babacan am Mittwoch auf einer Pressekonferenz mit Lawrow. Mit dem russischen Industrie- und Energieminister Viktor Christenko habe er über eine engere Kooperation im Energiesektor beraten, teilte Babacan mit. In diesem Bereich seien Russland und die Türkei keine Konkurrenten, sondern Partner. Beide Staaten arbeiten laut Babacan beim Transport von Energieträgern erfolgreich zusammen. Die Türkei sei zudem ein großer Importeur von russischem Öl und Gas.

„Wir bekräftigten unsere Absicht, die vorhandenen guten Beziehungen steigernd auf das Partnerschaftsniveau zu erhöhen“, sagte der russische Außenminister.

Türkiye

Bodenoffensive im Nordirak

Nach Angaben des Generalstabes kamen bei der Bodenoffensive der türkischen Streitkräfte gegen die PKK im Nordirak gestern acht Soldaten und 33 Terroristen ums Leben. Wie der Generalstab mitteilte, starben bei den Kämpfen bisher insgesamt 112 PKK-Terroristen und 15 Soldaten.

Der Generalstab forderte die Kurden im Irak nachdrücklich auf, flüchtenden Terroristen keinen Unterschlupf zu gewähren. Die PKK-Terroristen versuchten in Panik Richtung Süden zu fliehen, hieß es gestern auf der Internetseite des Generalstabs. Von den irakischen Kurden werde jetzt erwartet, dass sie die Mitglieder der PKK, des "größten Feindes von Stabilität und Frieden in der Region", am Vordringen hinderten.

Der Militäreinsatz verlaufe "wie geplant", teilte die Armee mit. Das Militär betonte, dass sich der Einsatz ausschließlich gegen die Terrororganisation PKK richte und zeitlich begrenzt sei.

Milliyet

VI. Finanznachrichten

Türkei muss Wirtschaft beschleunigen

In den vergangenen fünf Jahren legte die Türkei ein beachtliches Wirtschaftswachstum hin – in den Spitzenzeiten (knapp 9 Prozent in 2004) reichte es fast ans legendäre zweistellige Wachstum Chinas heran. Doch aufgrund der vergangenen Geschwindigkeit könnte das Land am Bosphorus ins Straucheln kommen – jetzt, wo sich das Wachstumstempo verlangsamt. 2007 waren es nur noch rund vier Prozent.

"Die Türkei muss 2008 um mindestens drei Prozent wachsen, anders wäre die Stabilität nicht zu gewährleisten", erklärte Sahuran Özel von der Deniz Bank, der sechstgrößten Privatbank der Türkei.

Grund für das benötigte Wachstum sind die Hoffnungen der Vergangenheit: "Die Türkei hat in den letzten fünf Jahren heftig Geld aus dem Ausland geborgt und investiert – und das muss zurückgezahlt werden. Mit weniger als drei Prozent Wachstum wird das nicht möglich sein", erklärte der Ökonom Özel bei einem Vortrag in Wien.

Für das vergangene Jahr hat sich die Türkei eine Wachstumsrate von fünf Prozent gesetzt, ein Ziel, das nicht erreicht worden ist. Im dritten Quartal ist die Wirtschaft sogar nur um zwei Prozent gewachsen.

Lange Zeit "wunderbar"

Trotzdem habe die Türkei in der Vergangenheit vieles unter Anleitung des Internationalen Währungsfonds (IWF) richtig gemacht, meint Özel: Aufgrund von strenger Budgetpolitik wurde das Land für den Zufluss ausländischer Devisen attraktiv, die wiederum die Währung stärkten und Konsum und Investitionen ankurbelten. "Es war ein wunderbarer Kreislauf. Dadurch konnte die Wirtschaft wachsen und der Staat sein Budget aufbessern", erklärt Özel. Doch nun ist teilweise Ernüchterung eingekehrt.

Sparen löst Konsum ab

"Die türkische Bevölkerung war lange Zeit arm. Plötzlich hatte sie das Geld und die Möglichkeit, dieses Geld auch auszugeben – und habe es vielleicht übertrieben. Die Sparquote ist noch immer sehr niedrig, aber die Türken sind nun – teilweise auch mit Privatschulden beladen – vorsichtiger geworden: Der Konsum ist massiv zurückgegangen. Bei den Investitionen spielt es sich genau nach demselben Muster ab – auch hier ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen", erklärt Özel. 2007 hat die türkische Wirtschaft gerade noch vier Prozent an Wachstum geschafft – dank der Exporte und des Bausektors. Doch Özel ist sich sicher, dass 2008 diese Stützen nicht mehr vorhanden sein werden. Aufgrund der starken türkischen Währung sind türkische Importe einerseits wenig attraktiv, andererseits erlebt auch der Bausektor einen Umbruch. Bis auf sind

weiteres sämtliche Großprojekte in der Türkei errichtet worden – unter anderem Ferienwohnheime an der anatolischen Küste und Luxusshopping-Tempel für arabische und russische Touristen. "Der Bau wird noch eine härtere Landung erleben als die anderen Sektoren", befürchtet Özel. "Und für 2009 getraue ich mir gar keine Aussagen zu machen."

Wiener Zeitung

Französisch-türkischer Streit überschattet Nabucco-Projekt

Die Absicht von Gaz de France, der siebte Partner des Projektes Nabucco-Pipeline zu werden, ist von der Türkei vereitelt worden. Die Türkei behindert die Teilnahme des Unternehmens am Projekt, nachdem das französische Parlament entschieden hat, die Leugnung des Völkermords an den Armeniern zu verbieten.

Die Entscheidung, die Bewerbung von Gaz de France (GDF) für das Nabucco-Projekt zurückzuziehen, wurde am 18. Februar 2008 vom französischen Handelsminister Hervé Novelli während eines Besuchs in Istanbul bekannt gegeben.

„Es hat eine türkische Entscheidung gegeben, die von politischen Erwägungen nicht unabhängig ist, also hat GdF sein Angebot zurückgezogen“, sagte Novelli.

GDF ist das zweite französische Unternehmen nach Total, dessen Versuch, sich an Nabucco zu beteiligen, aus politischen Gründen von der Türkei blockiert wurde. Die Türkei ist ein zentrales Transitland der Pipeline.

Es werden auch zunehmend Bedenken laut, dass Streitigkeiten zwischen Paris und Ankara den wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder schaden könnten. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy machte aus seiner Abneigung gegenüber einer türkischen EU-Mitgliedschaft kein Geheimnis und erklärte, dass die Türkei keinen Platz in Europa habe.

Als offensichtlichen Versuch, die Situation zu verharmlosen, sagte Novelli, dass die französische Regierung ein Gesetz, das vom nationalen Parlament angenommen und an den Senat weiter gereicht wurde, nicht befürwortet habe. Das Gesetz verbietet die öffentliche Behauptung, dass es sich bei dem Massaker an armenischen Zivilisten durch türkische (osmanische) Truppen 1915 nicht um einen Völkermord gehandelt habe.

Das Gesetz befinde sich nicht auf der Agenda der Regierung, so Novelli laut der türkischen Tageszeitung The New Anatolian.

Novelli bestand auch darauf, dass die GDF „nach vorne schaue“ und dass eine künftige Teilnahme an dem Projekt nicht ausgeschlossen werden könne. Es sei richtig, dass politische Streitigkeiten wirtschaftliche Entscheidungen beeinflusst hätten. Wirtschaftliche Entscheidungen sollten jedoch auf wirtschaftlichen Grundlagen getroffen werden, sagte er.

Die Nabucco-Pipeline wird sich auf 3 400 Kilometer erstrecken und 31 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich von der Osttürkei durch Rumänien, Bulgarien und Ungarn nach Österreich transportieren.

Nabucco ist geopolitisch bedeutsam, da die Pipeline Russland umgehen wird. Das Projekt, dessen Fertigstellung für 2013 geplant ist, hat jedoch finanzielle Probleme und ist mit einem Mangel an politischem Willen seitens einiger Mitgliedstaaten konfrontiert.

Euractiv

Türkei tritt dem EU-Wettbewerbsprogramm bei

Günther Verheugen, der für Unternehmen zuständige Kommissar, und Volkan Bozkir, der türkische Botschafter bei der EU, haben gestern mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung den Beitritt der Türkei zu dem ‚Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation‘ (CIP) der Union besiegelt.

Verheugen begrüßte die Entscheidung der Türkei und sagte: „Die Unternehmen und vor allem die KMU werden davon stark profitieren. [...] Dieses Netzwerk wird den Unternehmen sowohl in der EU als auch in der Türkei großartige Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.“

Der Kommissar brachte auch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass diese Entscheidung auch politische Auswirkungen auf die Annäherung der Türkei und der EU haben werde.

Das CIP, das mit einem Haushalt von 3,6 Milliarden Euro bis 2013 ausgestattet ist, zielt hauptsächlich auf die Förderung von unternehmerischer Initiative und Wachstum von kleinen und mittleren Unternehmen ab. Letztere bildeten das Rückgrat der türkischen Volkswirtschaft, betonte Bozkir. Es werde der Türkei ermöglichen, an gemeinsamen EU-Projekten teilzunehmen und den vollen Gewinn aus dem Austausch bewährter Praktiken zu ziehen, so die Kommission.

Das CIP besteht aus den folgenden drei Säulen:

- Das Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation“ (EIP), das zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ins Leben gerufen wurde;
- Das Programm „Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT-Förderprogramm), das darauf abzielt, die Entwicklung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen, innovativen und integrativen Informationsgesellschaft zu beschleunigen, und;
- Das Programm „Intelligente Energie für Europa“ (IEE), das Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen in allen Sektoren fördert.

Die Türkei hat bereits aktiv an innovationsbezogenen Unternehmungen innerhalb des sechsten Rahmenprogramms „Forschung und Innovation“ teilgenommen, das mit dem CIP weiter ausgebaut wurde.

Die Türkei ist das dritte Kandidatenland nach Kroatien und der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, das dem CIP beitrifft.

Euractiv

VII. Firmennachrichten aus der Türkei

Siemens-Ex-Chef geht in die Türkei



Heinrich von Pierer, ehemaliger Chef des Münchner Siemens-Konzerns wird Aufsichtsrat der türkischen Grundig-Mutter Koc.

Wie die Nachrichtenagentur DPA mitteilt sei von Pierer am Mittwoch in einer Sitzung des Konzerns in das Gremium berufen worden. Auch der Spiegel berichtete im Vorfeld über die neue Tätigkeit des Managers.

Koc ist ein türkischer Mischkonzern und hatte 2004 den angeschlagenen deutschen Fernsehhersteller Grundig aufgekauft. Zunächst zusammen mit einem britischen Partner, dessen Anteil die Türken später auch noch übernahmen.

Pierer hatte stets bestritten vom System der schwarzen Kassen, die den deutschen Konzern jetzt erhebliche Probleme bereiten, gewusst zu haben. Dennoch war von Pierer im Frühjahr 2007 vom Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden zurückgetreten.

Magna prüft Einstieg in der Türkei

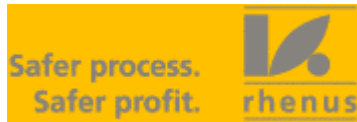


Der Automobilzuliefer-Konzern Magna steht vor dem Einstieg in der Türkei, vermeldet das "WirtschaftsBlatt". Türkische Medien berichten von einem geplanten Investment zwischen 400 und 500 Millionen US-Dollar (umgerechnet bis zu 350 Mio. Euro) in der Stadt Tekirdag nahe Istanbul. Magna bestätigte, dass man mittlerweile über ein Grundstück verfüge, "wir schauen mal, was daraus wird".

„Es könnte mit einem Komponentenwerk beginnen und mit der Produktion ganzer Fahrzeuge enden“, zitiert das Blatt eine ungenannte Quelle. Klar sei, dass ein Türkei-Engagement des Konzerns zum Großteil über Magna Steyr in Graz laufen würde, denn dort sei der Großteil des nötigen Engineering-Know-hows von Magna gebündelt.

Die Türkei hat ehrgeizige Pläne in Sachen Autoindustrie. Laut Industrieminister Caglayan sind Projekte mit einem Volumen von 1,4 Mrd. Euro in Vorbereitung.

Rhenus Lub expandiert in der Türkei



Gegenüber dem Vorjahr hat der Mönchengladbacher Schmierstoffspezialist Rhenus Lub den Umsatz in der Türkei mehr als verdoppelt. Mit großen Erwartungen beteiligt sich das Unternehmen daher an der Industriefachmesse WIN (World of Industry) in Istanbul (7. bis 10. Februar 2008).

Dr. Max Reiners, Inhaber von Rhenus Lub: "Der türkische Markt verzeichnet eine deutlich gestiegene Nachfrage nach anspruchsvollen Kühlschmierstoffen und Hochleistungsfetten." Nach seiner Erkenntnis haben sich türkische Unternehmen auf hohem Qualitätsniveau als Lieferanten für die europäische Industrie etabliert und mit ihren Produkten neue Märkte erschlossen. Damit steigt aber auch die Anforderung, alle Bearbeitungsprozesse hinsichtlich Sicherheit und Wirtschaftlichkeit wettbewerbsfähiger zu gestalten. "Wir werden aufgrund der ausgezeichneten Nachfrage bereits in diesem Jahr in den Industrieregionen Istanbul, Bursa und Izmir expandieren und unsere Präsenz sukzessive bis nach Westanatolien ausbauen", berichtet Dr. Reiners.

Gemeinsam mit dem türkischen Vertriebspartner Bogazici Endüstriyel Yaglar präsentiert Rhenus Lub daher auf der WIN neben wassermischbaren und nichtwassermischbaren Kühlschmierstoffen insbesondere das rhenus lubrineering, ein fortschrittliches System des Fluid Managements. "Mit unserer Erfahrung in der Prozessoptimierung können unsere Kunden preiswerter produzieren und die Qualität steigern", betont Zahit May, zuständig für den Vertrieb von Rhenus Lub in der Türkei.

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org